

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Abdruck dieses Blattes mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch unsere Mitglieder zugewogen in der Höhe monatlich 4,40 Mk., auf dem Lande 4,80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstellen und Postämter sowie unsere Mitglieder und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle besonderer Gewinne, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1 Mk. für die 6spaltige Fortsetzung über deren Namen, Leisten Nr. 10, 10 Zeilen 2,50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden. Für die Zustellung der Zeitung durch Fernpost übermitteln Angelegenheiten der fern Postamt. Jeder Anzeigenpreis enthält, wenn der Betrag durch Post eingezogen werden muß oder der Abnehmer in Ausland wohnt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Pöpping, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 78.

Dienstag den 5. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Freitag und Sonnabend den 8. und 9. April 1921

bleiben die Geschäftsräume der Amtshauptmannschaft wegen Reinigung geschlossen. An beiden Tagen werden nur dringliche Sachen erledigt.

Reichen, am 4. April 1921.

293 L.

Die Amtshauptmannschaft.

Wegen Reinigung bleiben die Geschäftsräume der unterzeichneten Behörde

Freitag und Sonnabend den 8. und 9. April 1921

geschlossen. An diesen Tagen werden nur dringliche Sachen erledigt.

Wilsdruff, am 1. April 1921.

V Reg. 83/21.

Amtsgericht.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In einer Note an Deutschland behält sich die Entente das Recht der Kontrolle aller deutschen Industriebetriebe vor.
- * Die Wahl des neuen Reichspräsidenten soll nicht vor Ende Mai erfolgen.
- * Auf die Ergreifung des Banditen Holz hat die preussische Regierung eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt.
- * Bei den Kämpfen in Mitteldeutschland hat die Schutzpolizei bisher 40 Tote zu verzeichnen. Sie hat über 2000 Kommunisten gefangen genommen.
- * Im Befinden der deutschen Kaiserin ist erneut eine bedeutende Verschlechterung eingetreten.
- * Der Entschädigungsausschuss in Paris hat die deutschen Ansprüche in Sachen der Pensionszahlungen abgelehnt.
- * Der Streit in den englischen Kohlenbergwerken wurde in allen Gruben durchgeföhrt.
- * Die ungarische Nationalversammlung hat das Abenteuer Kaiser Karls einstimmig abgelehnt.
- * Der Kronprinz von Japan hat sich in Colombo nach Europa eingeschifft.
- * Nach einer Meldung aus Washington will sich Amerika bemühen, einen Ausgleich zwischen Deutschland und der Entente zu suchen.

Der Lohnkampf in England.

Der Zufall schafft oft seltsame Bettgenossen. In dem gleichen Augenblick, da die deutschen Kommunisten den ganzen kapitalistischen Wirtschaftszustand zum Stillstand bringen wollten, um die Bahn endlich frei zu machen für die Errichtung einer Räteherrschaft nach russischem Muster, bricht in England ein Generalstreik der Grubenarbeiter aus, dessen Ernsthaftigkeit allein schon aus der Tatsache erhellt, daß die Regierung seiner Majestät sich gegen ihn sofort, ohne sich auch nur einen Augenblick zu besinnen, mit Ausnahmebefugnissen wappnete. Es ist eine Art wirtschaftlicher Belagerungszustand, den sie verhängte, um jeder Siderung in der Beschaffung oder Verteilung von Lebensmitteln, Wasser, Brennstoffen, Licht oder der Transportmittel wirksam beugen zu können. In dieser Weise hat sie schon einmal, im Oktober 1920, dem großen Ausstand der Eisenbahner, in kurzer Zeit das Lebenslicht ausgeblasen. Diesmal ist sie ohne Frage zu gleichen rücksichtslos durchgreifen entschlossen.

Die Bergarbeiter glauben insofern in guter Kampflage zu sein, als nicht sie es sind, die den gegenwärtigen Zustand durch neue Forderungen verändern wollen. Sie wehren sich vielmehr gegen die Richterneuerung eines vorläufigen Lohnabkommens, das mit Geltung bis zum 1. April 1921 im Herbst vorigen Jahres, unter maßgebender Mitwirkung der Regierung, zustande kam und das nun, nach dem Willen der Grubenbesitzer, wieder dauernden normalen Arbeitsverhältnissen Platz machen soll. Die Löhne waren bisher nur mit Hilfe besonderer staatlicher Zuwendungen dem Ausnahmeharakter der wirtschaftlichen Übergangszeit angepaßt worden. Lloyd George hält indessen dafür, daß mit dieser staatlichen Subventionspolitik endlich Schluss gemacht werden müsse, weil anders man in eine Verewigung dieser ungesunden Zustände hineingerate, deren finanzielle Folgen auf die Dauer unerträglich zu werden drohen. Allen Vorkstellungen der Gewerkschaftsführer gegenüber hat er sich diesmal taub gestellt; was der einen Industrie recht sei, sei der anderen billig. Man habe lange genug Staatsgelder hergegeben, jetzt aber sei es an der Zeit, daß Bergwerksbesitzer wie Bergarbeiter sich wieder auf eigene Füße stellen. Dabei blieb er, und so ist es zum Kampfe gekommen. Denn die Gewerkschaftsorganisationen hören aus allen diesen Ausführungen nur das Nein und sind davon überzeugt, daß man jetzt mit dem Lohnabbau ernst machen wolle, von dessen Notwendigkeit seit langem auch in England die Rede ist. Sie sollen also sozusagen das Versuchslanthen sein, bei dem man mit der Erprobung wirksamer Lösungsmethoden dieser schwierigen aller Gegenwartsfragen beginnen wolle. Auch sie stellen sich demgegenüber auf den Standpunkt, daß in dieser Lebensfrage derjenige Hannemann voranzugehen habe, der die längsten Stiefel besitze, und das seien alle anderen Gruppen der Bevölkerung eher als gerade die Grubenarbeiter. Wiederrufen sie, wie schon in früheren Fällen auch, den „Dreißigsten“ zu ihrer Unterstützung auf: die „Transports“, die „Werksarbeiter“ und die „Eisenbahner“, und sie rufen sich für alle Fälle auf eine lange Dauer des Kampfes.

Wie er ausgehen wird? Soweit die Entscheidung von der Haltung der öffentlichen Meinung abhängt, will es scheinen, daß die Bergarbeiter nicht viel zu hoffen haben. Einmütig verurteilt die Londoner Presse die Auslandsbewegung, und sie tut dies um so entschiedener, als

sie sich des ganzen Ernstes der durch sie geschaffenen Lage voll bewußt ist. Schon gibt es in England 1 1/2 Millionen Arbeitslose, und mit Schrecken sieht man der Wahrscheinlichkeit entgegen, daß ihre Zahl in wenigen Tagen auf das Doppelte steigen könnte. Der Kohlenpreis steigt an, obwohl die Regierung natürlich das Ausfuhrgeschäft sofort untersagt oder zum mindesten genehmigungspflichtig gemacht hat. Von einem grausamen Schläge gegen das Leben der Nation in einem an und für sich schon sehr schwierigen Augenblick spricht insbesondere die „Daily Mail“, von der man wohl sagen kann, daß sie die allgemeine Stimmung des Durchschnittsengländers zutreffend wiederzugeben pflegt; und die „Times“ beklagen an erster Stelle die britische Industrie, die einen neuen schweren Streich erhalte, gerade in dem Augenblick, wo sie im Begriff sei, sich von den Folgen des Weltkrieges wieder etwas zu erholen.

So werden die Taktiker im Lager der Bergarbeiterschaft sich jeden Schritt, den sie weiterhin zu tun haben, sehr genau überlegen müssen. Wie die Dinge im Augenblick liegen, kann die Grubenindustrie, da sie zurzeit unter empfindlichen Absatzrückungen zu leiden hat, die Unterbrechung der Produktion eine ganze Weile immerhin richtig mitansehen. Auch eine Folge der durch den Friedensvertrag und das Abkommen von Spa erzwungenen Überschwemmung Frankreichs und Belgiens mit deutscher Arbeiterbesetzung. Die Arbeiterführer sehen an diesem traurigen Beispiel aufs neue, wie tief sie selber mit ihren eigenen Lebens- und Arbeitsinteressen in den internationalen Wirtschaftszusammenhang verflochten sind, dem die Entente Rechnung zu tragen sich durchaus nicht entschließen kann. Aber es ist nun einmal so, daß auch im Wirtschaftsleben der Völker ein Kell den anderen treibt. Wird dieser natürliche Zusammenhang unterbrochen, so kann vielleicht dieser oder jener Ruchhieb einer Rache- und Verfolgungspolitik sich vorübergehend seines Triumphes freuen. Sehr bald aber muß sich Freud wieder in Leid verwandeln, und die Allgemeinheit jedenfalls wird in der Entwicklung abermals zurückgeworfen, statt dem allen gemeinsamen Ziel des Wiederaufbaues Europas näherzukommen. Die englischen Grubenarbeiter stellen denjenigen Teil der britischen Arbeiterschaft dar, der von jeder noch am meisten zu internationaler Betätigung bereit war. Man darf annehmen, daß diese ihre Verantwung, gleichviel wie der Kampf, in den sie eingetreten sind, ebenmäßig, in Zukunft noch viel stärker hervorgerufen wird.

Die Gruben stark gefährdet!

Da die Bergarbeiter in allen Bergwerken die Arbeit so gut wie vollkommen eingestellt haben und die Erhaltungsbetriebe auch nur an einigen Stellen durch freiwillige notdürftig ausgeführt werden, schweben viele Anlagen in großer Gefahr.

Londoner Blätter melden, daß bereits einige Bergwerksschächte überflutet sind und zahlreiche andere stehen in Gefahr. „Daily Chronicle“ schreibt: Einige Minister setzen der Ansicht, daß England vor einer der ernstesten Katastrophen seiner Geschichte seit Ausbruch des Krieges stehe.

Der Personendruck auf den Eisenbahnen wurde eingeschränkt. Im übrigen hat die Regierung alle möglichen Vorkehrungen getroffen, um die Nahrungsmittelzufuhr zu den Städten in Gang zu halten. Die Delegierten der Arbeiter, Eisenbahn- und Transportarbeiter haben beschlossen, sofort eine Konferenz der Delegierten der britischen Föderationen einzuberufen, um über ihre Haltung Bescheid zu fassen. Ein Delegierter der Transportarbeiter erklärte: Wir sind der Ansicht, daß die Konferenz nicht nur die Bergleute angeht, sondern daß wir auch die ganze Lage als sehr ernst auffassen müssen und daß wir die Ansicht kennenzulernen müssen, um eine bestimmte Haltung vorzuschlagen. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, eine Konferenz einzuberufen. — Camp, Sekretär der nationalen Union der Eisenbahnarbeiter, erklärte, die Delegierten seiner Kameraden trafen Mittwoch zusammen, und sagte weiter: In diesem Lage werden wir die Maßnahmen bestimmen, die wir zur Verteidigung unserer Interessen für notwendig halten. — Die Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern in der Schiffbauindustrie zur Festlegung einer neuen Lohngrundlage sind gescheitert.

Amerika will vermitteln.

Führungnahme in Berlin.

Der Berliner Vertreter eines Blattes in Brüssel berichtet, daß nach Erklärungen, die er in diplomatischen Kreisen erhalten hat, die deutsche Regierung sich mit der Absicht trage, den Amerikanern neue Vorschläge in der Wiederaufbaufrage zu machen. Diese Absicht wäre auf

eine Intervention der Vereinigten Staaten, die dem Berliner Kabinett entsprechende Eröffnungen gemacht hätten, zurückzuführen.

Nach einer Meldung aus Washington vom 1. April gibt bereits das amerikanische Staatsdepartement bekannt, daß Verhandlungen von nichtoffizieller Charakter zwischen der amerikanischen Mission in Berlin und den deutschen Behörden über die Wiedergutmachungsfrage stattgefunden haben. Jedoch ist man, wie das Staatsdepartement weiter erklärt, zu einem Beschluß bisher noch nicht gekommen.

Die Vertreter der Vereinigten Staaten, die über den deutschen Standpunkt in der Wiedergutmachungsfrage einen eingehenden Bericht nach Washington gesandt haben, haben nach der genannten Brüsseler Quelle den Eindruck, daß Deutschland großen Wert darauf legt, Amerika an der Festlegung der von ihm geschuldeten Summe beteiligt zu sehen. Andererseits wird die unlängst veröffentlichte Meldung, wonach Hardings Kabinett Deutschland bereits einen endgültigen Wiedergutmachungsplan unterbreitet habe, nicht bestätigt.

Die Auffassung der Reichsregierung.

An amtlicher Stelle in Berlin wird dazu erklärt, daß von wirklichen Verhandlungen über die Wiedergutmachungsfrage zwischen der deutschen Regierung und der amerikanischen Mission bisher nicht die Rede ist. Es sei lediglich im Laufe eines Gesprächs, das der amerikanische Geschäftsträger mit einer maßgebenden Persönlichkeit des auswärtigen Amtes geführt hat, die Rede auch auf die Wiedergutmachungsfrage gekommen, und diese Persönlichkeit habe den bekannten deutschen Standpunkt nochmals dargelegt. Von neuen deutschen Plänen in der Wiedergutmachungsfrage sei vorläufig nicht die Rede. Die amerikanische Regierung als solche habe auch noch nicht hier den Wunsch geäußert, in der Wiedergutmachungsfrage zu intervenieren.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Entenkontrolle über deutsche Betriebe.

Zu seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Vorkonferenz hat der Ministerpräsident Briand an den Präsidenten der Friedensdelegation in Paris folgendes Schreiben gerichtet: Durch Ihre Note haben Sie den Einspruch gegen die Entscheidung der Kontrollkommission hinsichtlich jener Beständen in Deutschland, die künftig in Kriegsmaterial herzustellen berechtigt sein sollen, erneuert. Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Frage durch die Entscheidung des Obersten Rates vom 23. Januar Ihre endgültige Erledigung gefunden hat und daß die alliierten Mächte keinerlei neue Erörterungen in dieser Richtung gestatten können. Das Schreiben nimmt auf den Einspruch der deutschen Regierung Bezug, daß die Kontrolle der interalliierten Militärkommission auch auf andere als Kriegsmaterial erzeugende Betriebe ausgedehnt werden solle.

Dr. Simons' Erholungsurlaub.

Reichsminister Dr. Simons weiß bekanntlich seit einigen Tagen in Lugano. An diese Reise sind Kombinationen geknüpft worden, die in keiner Weise mit den Tatsachen in Einklang zu bringen sind. Der Minister hatte sich bereits während seiner Reise nach Süddeutschland, vor der Londoner Konferenz, eine Grippeaffektion zugezogen, deren Folgen ihm auch jetzt noch zu schaffen machen. Seine überaus starke Anspruchnahme vor und während der Londoner Konferenz trugen überdies dazu bei, die Rekonvaleszenz hinauszuziehen, so daß eine kurze Erholung dringend geboten war. In diesem und allein zu diesem Zwecke hat sich der Minister in die Schweiz begeben. Alle Gerüchte über angeblich dort anzuknüpfende Besprechungen mit Entenstaatsmännern sind frei erfinden.

Deutsch-Österreich.

X Aufschubabstimmung in ganz Österreich. Nach Meldungen aus Wien wird das Gesetz über die Volksabstimmung vom Nationalrat demnächst verabschiedet werden, worauf in allen Ländern die Volksbefragung für den Antritt an das Deutsche Reich erfolgen wird, eine Maßnahme, die mit dem Friedensvertrag von St. Germain keineswegs in Widerspruch steht. Die Regierung soll sich aus dem Grunde entschlossen haben, die Volksabstimmung jetzt zuzulassen, weil Einzelabstimmungen in den Ländern und Städten nicht zu vermeiden gewesen wären (in Tirol z. B. ist sie auf den 24. April festgesetzt) und unter diesen Umständen eine allgemeine Abstimmung als zweckentsprechender bezeichnet werden muß.